

Saale Zeitung.

Zweihunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis Nr. Halle vierteljährlich 2 50 M., bei postlicher Bestellung 2 75 M., durch die Post 3 M., postmonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befristung. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 5889 des amtl. Zeit.-Verz. Alle die Redaktion verantwortlich: Dr. Oswald Schulze in Halle. (Kontingentsverbindung mit Berlin, Verlags, Magdeburger Nr. 176.)

Anzeigen werden die Spalten oder deren Raum mit 20 Hgr. für die erste Zeile mit 15 Hgr. berechnet und in der Expedition, von untern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekannt die Zeit 50 Hgr. Erhalten werden die Anzeigen: Sonntag und Montag einmal, (sonst zweimal täglich). (Der Abdruck unserer Original-Anzeigen ist nicht gestattet.)

Nr. 199.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 30. April

1898.

Deutsches Reich.

Sofort und Personalnachrichten.

Berlin, 29. April. Nach einem Telegramm aus Romburg v. d. Höhe sind die Kaiserin Friedrich sowie der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland und der Prinz und die Prinzessin Friedrich Karl von Preußen heute zu kurzem Aufenthalte dorthin eingetroffen. Prinz und Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe trafen heute nachmittags zum Besuch des großherzoglichen Hofes in Darmstadt ein.

Parlamentarische Briefe.

Aus Berlin, 29. April, schreibt man uns: Heute feierte der Reichstag zwei Sitzungen. Die hierin liegende Zeitveränderung wurde lediglich durch das Verhalten der Rüstler verursacht. Diese beantragten nämlich durch ihren Vorsitzenden, den Centrumsabgeordneten Meurer, bei einer Petition um Einführung des Beschäftigungsnachweises beim Baugewerbe die Verweisung an den Reichsanwalt zur Berücksichtigung, während die Kommission nur die „Ueberweisung als Material“ beantragt hatte. Da die Linke den von dem Centrumsabgeordneten Meurer nicht von beschäftigungsfähigen Bürgern angenommen werden wollte, so beantragte sie lehrweise durch den Abg. Benoit die Ablehnung des Gegenstandes von der Tagesordnung. Da die äußerliche Mehrheit in ihrem Uebernahm dieses Antrag abgelehnt, so blieb nichts übrig, als die Beschäftigungsfähigkeit zu bewahren, und Herr Benoit erreichte auf diesem, nur etwas unglücklicheren Wege auch seinen Willen: die Sitzung mußte ausgeschrieben werden und der Präsident setzte die Erklärung der freigebliebenen Petition einfach den ganzen Rest der Tagesordnung als Material für die nächste, eine Viertelstunde darauf folgende Sitzung an. Zu Beginn der ersten Sitzung waren die Gesetze über die militärischen Naturalleistungen im Frieden (in erster Lesung) und über die elektrischen Maschinen (in zweiter Lesung) ohne große Schwierigkeiten genehmigt worden.

In der zweiten Sitzung wurden erst eine große Reihe von Petitionen erledigt, worauf der Gesetzentwurf Paasche über den Verkehr mit Alkoholen zur Beratung kommen sollte. Da der Kommissionsbericht darüber erst gestern abend vertheilt worden ist, so beantragte der freisinnige Abg. Feising die Ablehnung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung. Diese Anregung, obwohl vom Abg. Richter unterstützt, wurde abgelehnt, und man trat in die Beratung ein. Abg. Dr. Paasche empfahl die Kommissionsfassung, die das Verbot der Verwendung von Saccharin bei Säuren, Fruchtjäften u. s. f. sah. Auch der Sozialdemokrat Wurm war für dieses Verbot, indem er den Zusatz von Saccharin als einen unzulässigen Wettbewerb bezeichnete. Er verurtheilte die Fiktion einer Saccharinfabrik und brachte damit die freisinnige Partei in eine gewisse Beziehung, was von den Abg. Richter und Hermès entschieden zurückgewiesen wurde. Im Gegensatz hierzu verwarf sich der Abg. Richter e bei seiner bekanntlich zum Ausdruck gelangten gegen den Verbot, als ob er dies im Interesse der Großbrauereien thue. Dessen wäre ein Verbot des Saccharin ganz gleichgültig, da sie es doch nicht verwenden. Als es zur Abstimmung über den § 1 kommen sollte, bewogte ihn mehrere Abg. Hermès die Beschäftigungsfähigkeit, damit ein so wichtiger Gegenstand nicht vor leerem Hause durchginge, und zum zweiten male an einem Tage mußte die nicht ausreichende Mehrheit festgestellt werden. — Man glaubt, daß am Montag, wo die dritte Lesung der Militärstrafprozess-Ordnung beginnen wird, eine größere Zahl von Abgeordneten anwesend sein wird. Ohne beschäftigende Sitzungen wird dieses Geheiß bei der Opposition der Linken sichererdingens nicht durchbringen sein.

Am vorgedachtenen wurde noch eine recht lange und recht unwillige Debatte über den konventionellen Beschäftigungsnachweis geführt. Ueberhaupt war eigentlich nur das Schlußwort des Herrn v. Meudel, worin er sagte, keine Fremde seien von den Erklärungen des Reichsanwaltes nicht befreit, da sie nicht eine rechtsgelegliche, sondern eine landesgesetzliche Regelung der Fleischbeschau wünschten. Und der Herr Reichsanwalt hatte sich doch die größte Mühe gegeben, die agrarischen Interessen zu befriedigen!

Das Herrenhaus führte heute die Beratung des Etats zu Ende, und es knüpfte sich namentlich an den Etat der Unterrichtsverwaltung bemerkenswerthe Erörterungen. Beschwerten, denen der Graf Klenow von vorn unter Bezugnahme auf die Verhältnisse des Regierungsbezirks Königsberg hinsichtlich der Ausführung des Lehrerbildungsgesetzes in dem Sinne Ausdruck gab, daß den Gemeinden, insbesondere den Gutsbezirken, nicht in dem zugedachten Umfang Zuschüsse gewährt werden, veranlaßten den Unterrichtsminister zu der Erklärung, daß das Gesetz mit der denkbar größten Rücksicht auf die Gemeinden durchgeführt werde, und daß keine Durchführung sich auch in allgemeinen glatt und ohne Beschwerden verläufe. Der Antrag des Staatskassenhalters wurde ohne Debatte in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung angenommen. — Damit hat das Herrenhaus den bisher vorliegenden Arbeitsstoff erledigt und wird erst nach einigen Wochen wieder zusammentreten.

Kantons in der Subkommission des Reichstages.

In der Subkommission des Reichstages stand gestern der Nachtragsetz zur Beratung. Bei der Forderung von 5,000,000 M. zur Einrichtung Kantons als wirtschaftlicher und maritimer Mittelpunkt wurde vom Referenten Dr. Lieber anerkannt, daß zunächst eine Kaufschillingen bereit zu stellen sei, aus der die erforderlichen verbindlichen Ausgaben gedeckt werden können, da sich zur Zeit auch nicht annähernd überlegen lässe, welche Mittel im Rechnungsjahre 1898 für die einzelnen Zwecke erforderlich sein werden. Staatssekretär

v. Bülow verlas den Vertrag mit China, der jetzt in Berlin eingetroffen ist. Die britische Regierung habe die Erklärung abgegeben, daß sie die Absicht habe, von Deutschland aus in die deutsche Ostasienpolitik irgendeine eingzugreifen. Zu Verhandlungen werde es mit England und Rußland wohl nicht kommen. Ebenfalls werde Deutschland keine Veranlassung dazu geben. Auf Anfrage v. Bennigsen erklärte der Staatssekretär, daß unsere Beziehungen zu Japan durchaus befriedigend seien und es auch in Zukunft bleiben werden. Auf Anfrage Pannascher erklärte Minister v. Bülow, daß Deutschland keinerlei Verpflichtung übernommen habe, etwaige Angriffe gegen China zurückzugeben. Auf Anfrage Richters bemerkte Herr v. Bülow, daß ihm von Verhandlungen zwischen Rußland und Japan bezüglich Koreas nichts bekannt sei.

Artikel 1 des deutsch-chinesischen Vertrages besagt, daß der Kaiser von China, von der Absicht geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Deutschland zu festigen und zugleich die militärische Vereinbarkeit des chinesischen Reiches zu fördern, verpflichtet, indem er sich alle Souveränitätsrechte vorbehaltend, in einer Zone von 50 Kilometern im Umkreise der Kiautschow-Bucht den freien Durchmarsch deutscher Truppen jederzeit zu gestatten, sowie dahielfür feinerlei Maßnahmen oder Anordnungen ohne vorhergehende Zustimmung der deutschen Regierung zu treffen und insbesondere einer etwa erforderlichen Wechsellagerung in Deutschland, Weiter und bestimmt: Eine genaue Festlegung der Grenzen des an Deutschland verpachteten Gebiets behalten sich die Kontrahenten vor, durch beiderseitig zu ernennende Kommissare nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse vorzunehmen. Chinesische Schiffe sollen in der Kiautschow-Bucht dieselben Befugnisse genießen, wie in den Häfen anderer mit Deutschland freundschaftlicher Nationen. Art. 4 besagt: Deutschland verpflichtet sich, auf den Zufuhr und bei Unfällen vor Eingang der Nacht die erforderlichen Seesignale zu errichten. Art. 5: Sollte Deutschland später einmal den Wunsch äußern, die Kiautschow-Bucht vor Ablauf der Pachtzeit an China zurückzugeben, so verpflichtet sich der Kaiser, die Bedingungen, die Deutschland in Kiautschow gemacht hat, zu erfüllen und einen besser geeigneten Platz an Deutschland zu gewähren. Deutschland verpflichtet sich, das von China gepachtete Gebiet niemals an eine andere Macht weiter zu verpachten. Der Schluß des Vertrages bestimmt, daß beide von den Subcommissären der beiden Reichsteile ratifiziert werden. Die Ratifikationen sollen dem Kaiser in Kiautschow und dem Reichspräsidenten in Berlin vorgelegt werden, und der Vertrag ist in zwei Exemplaren und zwei chinesischen Ausfertigungen aufgesetzt und am 6. März von den Vertretern der beiden kontrahierenden Staaten unterzeichnet worden.

Auf Anfrage des Referenten konvert. Staatssekretär Trippl, daß man zunächst die personalen Bedürfnisse an 11/2 bis 2 Millionen abschätze. Sächsischen Ausgaben auf einen Millionen. Der Rest der Forderung diene zunächst als Reserve. Kantonsbau enthielte den maritimen Unternehmungen. Eingehendere Details können erst im nächsten Jahre gegeben werden. An der Spitze der Verwaltung siche ein Gouverneur mit ausgedehnten Vollmachten. Nur für civilrechtliche Streitigkeiten komme das deutsche Konsulargericht in Betracht. Steuern würden zunächst nur vom Grund und Boden erhoben werden können. Ein Grundbuch sei bereits angelegt. Abg. v. Bennigsen wünscht, daß nicht das französische, sondern das englische System in den Kolonien eingeführt werde. Abg. Noddy (Centr.) empfiehlt den möglichst raschen Ankauf von Land, um der insolventen Spekulation möglichst zuvorzukommen. — Die Forderung von 5 Millionen wird schließlich, wie schon telegraphisch gemeldet, bewilligt. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Der Ankauf der freisinnigen Vereinigung.

In Aufhebung an den Wahlaufruf der freisinnigen Vereinigung äußert sich die „Nat.-Ztg.“ wie folgt:

„Nach unserer Meinung kam eine Verbesserung der politischen Parteiverhältnisse jetzt nur dadurch vorbereitet werden, daß in den einzelnen Wahlkreisen diejenigen Aderkassen, welche in den Hauptfragen des öffentlichen Lebens übereinstimmen, bei der Wahl ihren Einfluß geltend zu machen wüßten. Es ist uns nicht bekannt, daß irgendwo ein nationalliberaler Kandidat, der an den politischen und wirtschaftlich liberalen Ueberlieferungen dieser Partei selbst, und ein Kandidat der freisinnigen Vereinigung einander gegenüberstehen; doch ergibt sich ein Zusammenwirken dieser beiden Richtungen ganz von selbst, wenn für den Kandidaten, der eine derselben angeht, hat alle Wähler derselben stimmen. Hierzu raten wir.“

In der That dürften Unterschiede zwischen dem linken Flügel der Nationalliberalen und der freisinnigen Vereinigung nur äußerst schwer noch zu erkennen sein.

Die „Krenz-Ztg.“ schwingt sich gegenüber dem Aufruf zu folgender Leistung auf:

„Eine Partei, die thatsächlich sich in den Dienst des Volkthums (i) und des internationalen Judenthums (i) gestellt hat, mag vielleicht hier und da durch die markttheoretische Art ihrer Agitation verlorene Erfolge erlangen; aber einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung unserer öffentlichen Lebens und unserer Parteiverhältnisse wird sie nicht erhalten. Am wenigsten wird sie imstande sein, die sozialistische Partei auch nur merkwilg zu schädigen.“ Das letztere mag gutgehen. Eine Schädigung der Konserverativen

Partei ist kaum noch möglich, nachdem sie fast allerorten ihre Auflösung in dem Bund der Landwirthe vollzogen hat.

Centralverband und Sammlungs-Politik.

Die Delegirten des Centralverbandes deutscher Industrieller traten am Freitag in Berlin zu einer Sitzung zusammen, welcher der Präsident des Reichsoberhandlungsamtes, Herr Max Gumbler, beizuohnte. Hierbei wurde u. a. häufig in „Sammlungs-Politik“ geredet.

Auf eine Vernehmung aus der Versammlung, daß seitens der Industrie der in topikalischen Beziehung der Landwirtschaft zu weitgehendes Entgegenkommen gezeigt sei, nahm Herr Geh. Rath Zentz, der bekannte Leiter der Krupp'schen Werke, Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Industrie seit Jahren es als ihren Wunsch und ihr Programm bezeichnet habe, wie im Jahre 1879 bei den damaligen Zollverhandlungen so auch diesmal mit der Landwirtschaft zusammen zu gehen. Zentz ist die Zeit gekommen, wo die Probe auf dieses Programm zu machen ist. Utopische Forderungen seien von der Landwirtschaft nicht aufgestellt; die Landwirtschaft ist vollständig lokal verfaßten. Der Antrag Zentz könne als gescheitlichen Willen der Landwirtschaft angesehen werden. Die Vertreter der Industrie haben in keinem Punkte sich untergeordnet oder gar ihre Ueberzeugungen zum Opfer gebracht. Alle haben keinen Grund zu zweifeln, daß bei den vorhandenen allseitigen Willen eine Verständigung zwischen Industrie und Landwirtschaft bei der Neuauflösung des Zolltarifs zustande kommen wird. — Kommerzienrath Müller schloß sich den Ausführungen des Vortrageden vollständig an und wies noch darauf hin, daß, wenn Industrie und Landwirtschaft, anstatt nach einer Verständigung zu streben, sich gegenseitig bekämpfen wie in Deutschland, sich Unglück erleben würden, wie es in England vor 50 Jahren geschehen ist. Die Herren scheinten demnach die Hindler wirklich noch nicht oberdlich zu sein. Der stellen sie sich nur so?

Parlamentarische.

\* In einem dem Abgeordnetenhaus angelegenen Gesetzentwurf wird zum weiteren Bau von Arbeiterwohnungen wiederum die Summe von 5 Millionen Mark gefordert.

\* Nachdem von der sächsischen Kammer die Vermögenssteuer abgelehnt worden ist, geht die Regierung mit dem Plane um, einen abgemessenen Reichsbeitrag zu erheben.

\* Zur letzten Stunde, in der Dr. Brühlmann's Worten in München auf Grund des großen Unfallsunfalls, wie mit gemeldet, zu 14 Tagen Haft verurtheilt wurde, kam dieser „Fall“ auch in der bayerischen Kammer bei Gelegenheit der Verhandlung des Justizetat's zur Sprache. Dr. Sigl brachte die Rede auf den Artikel der „Allgemein“, in dem alles andere eger als großer Unfall enthalten ist. Das man einen preussischen Mediziner vor ein münchener Gericht gezogen habe, sei gefährlich, denn, so führte Sigl aus, nur werde man in Berlin, selbst selbst bayerische Mediziner den dortigen Schwurgerichten entziehen und vor preussische Strafgerichte stellen. Der so angelegte ombudsman Gerichtsstand ist ein Eingriff in die bayerische Souveränität, wenn ein solcher bayerischer Mediziner nach gemeintem Wahmung zutreten, im Falle einer Verurteilung vor einen Berliner Gericht sich in Berlin zu stellen zu lassen. Denn, sagte er, launig launig, wer sich in Gefahr bezieht, kommt darin an. Auch dergleichen wirken die Angelegenheit des Abg. Richter, der sich einmal eine Anklage in Berlin zu füttern habe, da man dort keine Parteifreiheit nicht erntet könne. Jene ein praktisches Ergebnis hatte die Vernehmung vor der Hand nicht, da nach den bayerischen Auseinandersetzungen die Verhandlung vertagt wurde.

Parlamentarische.

\* Der erweiterte Landesvorstand des sächsischen Bundes der Landwirthe nahm nach einer Verammlung in Mannheim in der Resolution an, besagen, daß, nachdem die Verprechung zwischen dem Bundesverband und dem engeren Bund der preussischen nationalliberalen Partei eine verbindliche Grundlage für eine gemeinsame Wahlordnung nicht gefunden habe, es den einzelnen Wahlkreisen überlassen werde, eine Verbindlichkeit herbeizuführen unter Berücksichtigung der programmativen Wünscheforderungen.

\* Aus dem oberbayerischen Wahlkreis Kronach-Stichtenfels meldet man, daß auch dort die Nationalliberalen auf ihre erst kürzlich aufgestellten Kandidatur zu Gunsten des bündlerischen Kandidaten, des Gutsbesizers Weinböck, zu verzichten geneigt sind.

\* Bürgermeister Dr. Reiff-St. Johann ist nunmehr von seiner Kandidatur zum Reichstag im Wahlkreis Saatzbuden zurückgetreten.

Verwaltung und Reichsgericht.

\* Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Die „Gazeta Toronista“ bespricht in ihrer Nummer 66 vom 22. März d. J. das Verhältniß der sächsischen Verhältnisse in Belgien, im bürgerlichen Reichsgesetz das polnische Material „Sonderrecht“ nach der Methode „Boze ou Polak“ zu fassen, führt dieses Verbot auf Wunsch der Regierung und auf den „Gauverneis“ der deutschen Kaiser, der „belleidlich“ auf die Polen gerichtet, wurde, zurück und hält es für möglich, daß unter dem Kaiser schon Statuten seien und daß manche von dem Reichs Unternehmung aus Fonds der Regierung erhalten. Wenn man demgegenüber aus dem sicher gut unterrichteten „Welt-

**Preussischen Volkshaus** — Nr. 59 — hört, daß die bismarckische Behörde nur in Einmütigkeit gebracht hat, daß dieses Lieb wie andere Lieber nach dem vorgeschriebenen Chorabende zu singen lei; so ist es für jeden Unbefangenen klar, daß die bismarckische Behörde hier die deutschen Kerker gegen die Annahme der politischen Konstitution hat schämen wollen, dem daß jeder ehrliche Deutsche durch die tendenziöse Wahl der Melodie des politischen Nationalhymnen und die Hervorhebung des friedlichen Lebens durch natürliche Forderungen vorzuziehen vorzuziehen wird, läßt sich ihre Haltung verantwortlichen Personen bei dem Vorgehen der „Gazeta Torinosa“ daß sie nicht ansetzt, die bismarckische Behörde ihren Lesern gegenüber zu verächtlichen, sobald sie in ihren nationalen Zielen sich befehrt glaubt, daß sie sich nicht scheut, Zwietracht zwischen den deutschen und politischen Kerker anzufachen. Derartige Vorgehen wird, wie wir meinen, die deutschen Kerker gegenüber den vielfachen und dauernden Beschwerden der Polen über ungenügende Berücksichtigung ihrer Forderungen sehr vorzüglich machen müssen. Es ist das ein neuer Beweis für die illegale provokatorische Tendenz der politischen Agitation, die auch vor der unvollständigen Beschuldigung der legitimen Organe der katholischen Kirche nicht zurückerschreckt, wenn es sich darum handelt, das Wohl nationaler Geschäftigkeit unter der politischen Bevölkerung zu fällen.

**Wirtschaftliches.**

\* Wie wir hören, sind die Fragebogen für die Erhebung der Produktionskraft für die Zeit der G. S. 8. und der G. S. 9. an die meisten Kreise bereits geschickt, und hat nach vorläufiger Sichtung sich das Resultat als ein überaus günstiges herausgestellt. Besonders gilt dies von einigen Zweigen der Textil-Industrie, namentlich von der Baumwollspinnerei, die zuerst gemeldet wurde.

\* Die Generalversammlung des Vereins der deutschen Zucker-Industrie und der Abholungen derselben ist in Folge der auf den 16. Juni festgesetzten Versammlung vom 18. bis 17. Juni auf die Zeit vom 21. bis 25. Juni verlegt. Es bleibt dabei, daß die Versammlung in Springholz stattfinden wird.

\* Unter Vorsitz des Geheimrathes Wilhelm Herz fand gestern in Berlin die Schlußsitzung der deutschen Kommission für die Prüffächer des allgemeinen Schulgesetzes 1897 statt. Der aus Preußen eingetroffene leitende deutsche General-Kommissionär, Geh. Kommerzienrath Max Günther, konnte über die glänzenden finanziellen Erfolge der deutschen Abtheilung berichten, auch Reize bedacht worden ist, und bei den Wettbewerben besonders reichlich Auszeichnungen erhalten hat. Er theilte ferner mit, daß für den von Sonnenschein Preis von 25,000 Franken für die größte Gründung seit 1894 Prof. Königs von deutscher Seite in Vorrichtung gebracht worden ist. Zum Schluß sprach der belgische General-Kommissionär Georg Godefray über die sich ergebenden für die überaus erfolgreiche und unzufriedene Leistung der Abtheilungen der deutschen Abtheilung auf der Prüffächer Versammlung 1897 den Dank im Namen der dabei beteiligten Kreise aus.

**See- und Flotte.**

\* Das Vermessungsschiff „S. S. Kuchin“, Führer Kapltän-Deutenant Zeimling, ist am 15. April in Rio de Janeiro angekommen und am nächsten Tage nach Colombo in See gegangen.

\* S. M. S. „Aeneas“ ist am 28. April in Nagasaki, S. M. S. „Gabel“ am 28. April in Kanton angekommen. S. M. S. „Wolf“ beabsichtigt am 30. April nach dem Süden über London in See zu gehen.

**Deutscher Reichstag.**

79. Sitzung vom 29. April, 1 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Anwesend: Graf Polodowski, Nieberding, Graf von Helldorf.

Die Verhandlung der Tagesordnung wird in der Geschäftsverhandlung des Reichstages für erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

79. Sitzung vom 29. April, 3 Uhr.

Anwesend: Graf Polodowski, Nieberding, Graf von Helldorf.

Die Verhandlung der Tagesordnung wird in der Geschäftsverhandlung des Reichstages für erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Der Antrag des Reichstages wird in der Tagesordnung als erledigt zu erklären.

Sprengstoffen im Staate Pennsylvania. Hier bleibt den Amerikanern freilich der Trost, daß sie spanische Espione für diese That verantwortlich machen können.

Es scheint nunmehr festzustellen, daß Amerika zu Aufbringung der Kriegskosten eine Erhöhung der Zölle erheben — angeblich von zwei Dollars pro Tonne — von den fremden in Amerika einlaufenden Handelsgegenständen, mit anderen Worten, daß es sich einen Teil seiner Kriegskosten von neutralen Ausländern bezahlen lassen will. Eine Abordnung von englischen Abgeordneten betrat am Donnerstag in London den Handelsminister Ritchie über die Erhöhung der Zölle der Vereinigten Staaten geplanten Erhöhung der Zölle. Der Minister erwiderte, die Regierung sei mit dem britischen Gesandten in Washington, sowie mit den europäischen Regierungen, deren Interessen hierbei in Frage kommen, im Einklang zu sein. Erwiderte, es würden namens aller Mächte Vorstellungen erhoben werden, in denen auf den charakteristischen Charakter der geplanten Maßnahme für den europäischen Handel eingewirkt werde.

Ueber Zweck und Erfolg der Beschiebung von Matanzas geben die Meinungen noch immer stark auseinander. Die einen meinen, Matanzas sei von den Amerikanern lediglich bombardiert worden, „ut aliquid fieri videatur, das heißt, um den Schrecken der „gelben Presse“, die durch „Thaten“ setzen wollen, für ein paar Tage den Mund zu schließen. Von anderen wird die Auffassung vertreten, die Beschiebung von Matanzas hänge mit dem Plane zusammen, ein Truppencorps zu landen, das im Verein mit den spanischen Verbänden nach Mexiko und Havanna von der Landseite angreifen soll. An einem besonderen Erfolg des Bombardements glaubt niemand, trotz der dramatischen Einzelheiten, welche die aus amerikanischen Quellen fließenden Berichte verzeichnen; die angestrebten Kriegserfolge hätten sich kaum so weit aus der Schaulust der spanischen Patronein gebracht, wenn diese wirklich so leicht zu erzielen wären. Bei dem Sturm der Matanzas vor Zeit der Beschiebung an der spanischen Küste herrsche, ist wohl anzunehmen, daß die bedauerliche Katastrophe ziemlich ergreifend gewesen ist. Der amerikanische „Siege“ vor Matanzas verhängt sich auch nach den neuesten Berichten immer mehr. Eine Delegation des Generalgouverneurs Blanco befindet sich allerdings in der Beschiebung Matanzas; dieselbe habe eine Stunde gedauert, aber keine Schaden angerichtet. Ingegnier sollen die amerikanischen Schiffe durch die von den Feind abgegebenen Schiffe Beschädigungen erlitten haben. Die Konstantinopel und Oesterreich-Ungarn haben gegen die obige vorgängige Benachrichtigung erfolgte Beschiebung protestirt. Eine Schaar Luftschiffer wurde von den spanischen Truppen geschlagen; mehrere hatten 20, letztere 2 Tode.

Die Mitglieder des gemeinsamen Ausschusses der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses haben eine Einigung über die Marinekreditvorlage erzielt und die von dem Senate beantragte Vermehrung der Flotte genehmigt. Es werden u. a. 4 weitere Monitore und 16 Torpedoboots-zerstörer verlangt. — Das Staatsdepartement hat die Nachricht von der Neutralitätsklärung Frankreichs, Mexikos, Argentines, Belgien und Koreas erhalten. Eine bezügliche Mitteilung Deutschlands ist nicht eingegangen, jedoch wird in dieser Beziehung kein Zweifel gegenstands der Versicherung Deutschlands, daß die Neutralität beobachtet werde. Die Amerikaner konsultirten sich auf das Verhalten, das Oesterreich-Ungarn einhalten würde. — Dem „Tempo“ zufolge verdrängt sich der Gegensatz zwischen Mr. Ayles und seinen Ministern täglich mehr und mehr. Die Minister beabsichtigen, die Kriegserklärung mit 8 große Dampfer mit einem Tonnengehalt von durchschnittlich 2000 Tonnen gechartert zu haben, der Transporter der ersten militärischen Expedition nach Kuba. Wie weiter aus Tempo gemeldet wird, erhielt Oberst Gage, der Kommandeur der ersten Brigade der Division von Tampa, den Befehl, seine Streitkräfte so fortgesetzt abmarß bereit zu halten und mit Lebensmitteln auf 30 Tage zu versehen.

Das amerikanische Kanonenboot „Newport“ nahm in der Höhe von Cabañas eine kleine Schalluppe weg, nachdem es einen kleinen Schuß auf dieselbe abgegeben hatte. Die Schalluppe hatte die spanische Flotte in der Nähe von Cabañas beobachtet. Die sieben spanischen Kanonenboote haben die amerikanische „Newport“ geblockt, die Schalluppe aber verhungert, Nachrichten über die Bewegung der amerikanischen Flotte nach Cabañas zu bringen. Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in New York schreibt, daß infolge der schlechten Lebensmittellage auf Kuba die 50,000 Amerikaner, die jetzt in Cabañas verammelt sind, von jezt ab mit Reservemittel gespeist werden, damit sie sich an diesen Genus gewöhnen.

Es ist nunmehr festzustellen, daß die spanische Flotte sich in fälliger Richtung abzugeben wird. Die Bestimmungen sind unbekannt; die Dampfer werden erst auf offener See geordnet werden. Den Londoner „Evening News“ wird aus St. Vincent von gestern gemeldet: Ein Teil des spanischen Geschwaders, bestehend aus vier Kreuzern und drei Torpedobootszerstörern ist mit vierzehn Besatzungen in westlicher Richtung, hauptsächlich nach Kuba, abgegangen. Drei Torpedobootszerstörer und zwei amerikanische Dampfer schlangen eine nordliche Richtung ein, wahrscheinlich nach den spanischen Zielen.

Die spanische Kriegsmarine, nach einer anderen Meldung, gehen den Umständen, zum Angriff in den Gewässern von Kuba überzugehen, weshalb die Flotte von Kap Verde nach Sabana abging. Man erwartete die Flotte mit dem amerikanischen Geschwader, das spanische Flotte mit der amerikanischen Flotte unter Führung des Admirals Sampson.

Das amerikanische Geschwader wird am Sonntag vor den Philippinen erwartet. Die spanischen Schiffe haben sich geteilt; ein Teil derselben beachtet die Einflucht zum Hafen von Manila, während der andere den Feind im äußersten Westen des Gebietes der Philippinen erwartete und durch die Einleitung eines Sperrenschiffes eine Veränderung erliefen. Wenn die Sperrenschiffungen aufgehoben sind, schloß wieder, werden sich als neue Bürger dieses Staates für deren Wohl und Entwidlung eintreten.“ (Beilage links.)

Der britische Komplex „Esmeralda“ ging von Hongkong nach Manila in See. Der Dampfer wurde von den Feinden gechartert, um Metallgeld wegzuführen, da in Manila Münzen beschränkt werden.

**Oesterreich-Ungarn.**

Das österreichische Abgeordnetenhaus beschloß gestern, der österreichischen Regierung betreffend die Genehmigung von Unternehmungen zur Staatsausstattung und betreffend die Verpflichtung anderweitiger Kredite auf die Elemente zuzugreifen die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen. Das Haus ging hierauf zur Tagesordnung, nämlich der Verhandlung über die Sperrenschiffungen, über. Abg. Faute erklärte, die Haltung der Deutschen gegenüber der Regierung werde weder durch die Zustimmung des Reichstages noch durch die Einleitung eines Sperrenschiffes eine Veränderung erliefen. Wenn die Sperrenschiffungen aufgehoben sind, schloß wieder, werden sich als neue Bürger dieses Staates für deren Wohl und Entwidlung eintreten.“ (Beilage links.)

**Ausland.**

**Der spanisch-amerikanische Krieg.**

Mit der Betreibung der Spanier aus Kuba will es doch nicht so rasch gehen, als es sich die Amerikaner vorgestellt haben. Die Bevölkerung in New York beginnt schon ungeduldig zu werden über das Ausbleiben von Siegesnachrichten, und muß sogar den Schmerz erleben, daß trotz betrüblichen Nachrichten einlaufen: Ein amerikanischer Kriegsschiff ist an der spanischen Küste auf den Grund gefahren und drei andere, die gegen den Feind besser verwendet werden könnten, müssen dem gefährlichen Schiff Weidung lassen, um es aus seiner bedrängten Lage zu befreien. Noch unangenehmer ist die Nachricht von der Zerstörung dreier großen Magazine mit